

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/92

Bonn, den 16. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|--|--------|
| ----- | | ----- |
| 1 | Unsere Aufgabe ----- Hilfe für Afrika Von Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | 38 |
| 1 a | Die SPD als Alibi ----- Fälschungen des Sprachrohrs der griechischen Militärjunta | 30 |
| 2 - 3 | Der neue Mann in Mainz ----- Am 19. Mai wird Dr. Helmut Kohl zum Ministerpräsidenten gewählt | 99 |
| 4 - 5 | Wenn Goethe heute leben würde... ----- Eine Betrachtung über den unpolitischen Menschen Von Heinrich G. Ritzel | 96 |

Unsere Aufgabe

Hilfe für Afrika

Von Dr. Erhard Eppler,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Afrika steht seit Jahren im Vordergrund unserer entwicklungspolitischen Bemühungen. Nicht weniger als 2.724 Mrd. DM sind von 1950 bis Ende 1968 als bilaterale öffentliche Entwicklungshilfen nach Afrika geflossen, im Jahre 1968 allein 25 Prozent unserer gesamten bilateralen Hilfeleistungen. Wir tragen damit der Tatsache Rechnung, daß in Afrika das Entwicklungsbedürfnis noch am ausgeprägtesten ist. Unser Wunsch ist es, die Länder Afrikas so schnell wie möglich auch wirtschaftlich zu gleich starken Partnern Europas zu machen. Auf einer wirtschaftlich gleichgerichteten Basis können Europa und Afrika am ehesten ihren Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker leisten.

Daher begnügen wir uns auch nicht allein mit bilateralen Leistungen. Große Anstrengungen unternehmen wir darüber hinaus zusammen mit unseren Partnern in den Europäischen Gemeinschaften. Heute sind nicht weniger als 24 Staaten Afrikas in einem besonderen Zusammenarbeitsverhältnis mit der Europäischen Gemeinschaft durch Assoziationsverträge verbunden: 17 afrikanische Staaten und Madagaskar durch die Konvention von Jaunde, dann Nigeria, die ostafrikanischen Staaten Kenia, Tansania und Uganda sowie neuerdings auch die Maghreb-Länder Marokko und Tunesien.

Allen diesen Abkommen gemeinsam sind handelspolitische Zugeständnisse der Gemeinschaft, die den Assoziationspartnern in Afrika helfen sollen, ihre Erzeugnisse in Europa leichter abzusetzen. Damit wird einem wichtigen entwicklungspolitischen Anliegen Rechnung getragen: der Hilfe durch Handel. Daneben kommt der größte Teil dieser afrikanischen Länder seit Bestehen der Gemeinschaft in den Genuß finanzieller Hilfen durch die Gemeinschaft. Es ist erklärter Wille der Gemeinschaft, diese Hilfen auch in den kommenden fünf Jahren zu leisten.

Wirtschaftspartner Afrika

Im Interesse einer fortschreitenden gesunden wirtschaftlichen Weiterentwicklung Afrikas ist es unser Wunsch, daß diese Assoziierungen eine Hilfe und ein Beitrag zur Stärkung auch der innerafrikanischen Zusammenarbeit sind. Der Weg Afrikas zu einem starken Wirtschaftspartner Europas und der Übrigen Welt wird damit verkürzt werden.

Für den weiteren Beitrag Deutschlands zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas ist neben den großen öffentlichen Leistungen vor allem ein größeres Interesse auch der privaten deutschen Wirtschaft an der Fortentwicklung Afrikas wünschenswert. Sie sollte dem Partner Afrika und seiner wirtschaftlichen Weiterentwicklung mehr Vertrauen als bisher entgegenbringen und so mithelfen, ein starkes Afrika zu bauen.

+ + +

Die SPD als Alibi? -----

Fälschungen des Sprachrohrs der griechischen Militärjunta

sp - In dem Bestreben, internationale Reputation zu gewinnen und ihr Regime vor dem eigenen, in Fesseln geschlagenen Volk zu festigen, scheuen die griechischen Obristen vor keinem Mittel zurück, sie nehmen sogar Zuflucht zu Fälschungen.

Ein im "SPD-Pressedienst" am 17. April dieses Jahres erschienener Artikel des sozialdemokratischen Bundestagabgeordneten Dr. Hans Apel wurde vom Sprachrohr der Junta, "NEA POLITEIA", so verfälscht, daß der Eindruck entstehen mußte, Dr. Apel finde die Diktatur der Obristen ganz in Ordnung und der vor zwei Jahren erfolgte Putsch sei gerechtfertigt gewesen.

Warum findet die "NEA POLITEIA" nicht den Mut, den ganzen Artikel ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen? Das wäre Dienst an der Wahrheit, doch die Wahrheit muß dem griechischen Volk verborgen bleiben. Die Fälschung verfolgt offensichtlich den Zweck, das große Ansehen, das die deutsche Sozialdemokratie bei den verfolgten griechischen Demokraten im In- und Ausland genießt, zu unterhöhlen und in Mißkredit zu bringen.

Der Versuch, Verwirrung zu stiften und das internationale Gewissen der SPD für sich als Alibi zu beanspruchen, dürfte gewiß mißlingen. Die Sympathien der deutschen Sozialdemokraten gehören dem unterdrückten griechischen Volk, gehören den politisch Verfolgten und den vom Regime wegen ihrer demokratischen Überzeugung eingekerkerten Männern und Frauen. Die SPD läßt es dabei nicht mit Worten bewenden, sie betätigte ihre Solidarität durch praktische Hilfeleistungen. Das wissen die griechischen Freiheitskämpfer. Die Obristen schlagen wieder einmal, wie schon so oft, der Wahrheit ins Gesicht.

Auf der Bonner Griechenland-Kundgebung sagte der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans Jürgen Wischniewski; "In der westlichen Welt haben Diktaturen nichts zu suchen." Diese Feststellung bleibt, sie ist auch an die Unterdrückten des griechischen Volkes gerichtet.

Der neue Mann in Mainz

Am 19. Mai wird Dr. Helmut Kohl zum Ministerpräsidenten gewählt

KRN - Noch immer hat Rheinland-Pfalz es schwer, in Bonn ernst genommen zu werden. Nun bekommt das Land endlich, was es schon vor zehn Jahren gebraucht hätte: einen neuen, jüngeren Ministerpräsidenten. Doch in der Bundeshauptstadt wird der Fortschritt allenfalls augenzwinkernd registriert: "Na ja, früher kam aus Rheinland-Pfalz nur Kohl - in Zukunft ist es eben Dr. Kohl."

Wie hart und nüchtern das politische Geschäft künftig auch in Rheinland-Pfalz sein wird, zeigt sich am Beispiel des dritten und bisher letzten von Kohl lancierten Ministers. Dem erst seit 1968 amtierenden Landwirtschaftsminister Otto Meyer (48) wird Glücklosigkeit vorgeworfen und ein baldiges Ende der Ministerlaufbahn vorausgesagt. Es mag sein, daß der fachlich durchaus befähigte Mann nicht immer eine glückliche Hand im Umgang mit der Presse hatte. Aber darüber hinaus ist ihm schon angesichts seiner kurzen Amtsdauer kaum etwas anzukreiden. Es sei denn, man würde Politik absolut gleichsetzen mit bedingungslosem Streben nach Erfolg. Dann allerdings war es ein Fehler, dieses Fachministerium überhaupt zu übernehmen in einem Land, dessen Landwirtschaft vor besonders schmerzhaften strukturellen Veränderungen steht, und das zugleich vom neuen Weingesetz stärker betroffen ist als alle anderen.

Wenn das Glück haben denn ein Kriterium ist, dann war der Dr. Kohl bisher allordings ein wahres Schicksalskind. Er profitierte vom Sog eines immensen Nachholbedarfs, den sowohl die Landes-CDU als auch das Land selbst verspürten. Für die Partei, die er heute verkörpert, war das Kommen eines "Retters" eine Existenzfrage. Die Grenze zwischen der eigenen Leistung des Schwimmers und der Kraft der Welle, die ihn hochtrug, ist kaum genau zu ziehen.

Dasselbst gilt für diejenigen Erfolge, die Kohl außerhalb des engeren Parteibereiches erzielte. Gewiß hat er beträchtlichen Anteil daran, daß in Rheinland-Pfalz endlich Reformen begonnen wurden, die bis dahin nur in der Form sozialdemokratischer Forderungen existiert hatten. Die Modernisierung des Schulwesens gehört ebenso dazu wie die der Verwaltung. Gegen die CDU Altmeiers war das alles nie zu erreichen. Mit der CDU Kohls wurden Kompromisse möglich, die positive Lösungen zumindest vorbereiteten, in einigen Fällen (Entkonfessionalisierung der Volksschule und der Lehrerbildung, Abschaffung von Zwergschulen und Zwerggemeinden) auch schon ermöglichten.

Es ist verständlich, daß Kohl diese Reformen auf sein eigenes Banner schreiben möchte, obwohl sie zuerst von der SPD-Opposition gefordert wurden und obwohl sie, in ihren konstruktiven Teilen, auch nur mit Hilfe dieser SPD möglich wurden. Er ist nun einmal nicht als Alternative zur SPD groß geworden, sondern als Alternative zur Adenauer-Generation der CDU. Sein angestrebtes Image ist das eines er-

folgreichen Reformers, von dem, wie es in Mainz heißt, eines Tages die innere Erneuerung der gesamten CDU ausgehen soll. Angesichts dieses vordringlichen Zieles kann das schärfere Abgrenzen gegen die SPD bis zur Landtagswahl 1971 warten.

Nun mag Dr. Kohls Lage freilich beneidenswerter aussehen, als sie in Wirklichkeit ist. Zweifellos hat er alles erreicht, was in diesem Zeitraum für einen als Politiker so jungen Mann erreichbar war. Aber nun befindet er sich in einer Situation, in der er fast nur noch Zwangszüge machen kann. Er muß Parteiorganisation und Fraktion im Griff behalten. Er muß sich als erfolgreicher Ministerpräsident profilieren. Er muß weiter reformieren. Er muß - vor allem anderen - weiter Erfolg haben.

Die Frage ist nun, ob das vorhandene Fundament ausreicht, um ein so anspruchsvolles Gebäude darauf zu errichten. Die finanzielle Basis ist auf jeden Fall schmal. Daran wird sich so bald nichts ändern, zumal man gerade von einer CDU-Regierung kaum erwarten darf, daß sie in der Wirtschaftsförderung das Gießkannenprinzip zugunsten eines erfolversprechenden Schwerpunktsprogramms aufgibt. Sie müßte ja dann gerade diejenigen Gebiete zurückstellen, in denen ihre treuesten Wähler wohnen, und diejenigen fördern, die dann trotzdem mit Mehrheit die SPD wählen.

An Geld wird es also auch weiterhin fehlen. Aber auch auf den weniger ausgabenkräftigen Gebieten wird es Kohl nicht leicht fallen, spektakuläre Erfolge zu erzielen. Die Zähigkeit, mit der sein Vorgänger an seinem Amt festhielt, hat dazu geführt, daß Kohl die auffallendsten - und leichtesten - Erfolge noch als unbeamteter Fraktionsvorsitzender erzielte. Verwaltungs- und Bildungsreform wurden zwar längst nicht abgeschlossen, aber doch auf einen Stand gebracht, der den Vergleich mit anderen Bundesländern aushält. Ähnlich große Schritte sind kaum mehr möglich. Wo der Nachholbedarf des Landes auf relativ leichte Weise, nämlich auf dem Wege der Gesetzgebung zu befriedigen war, da ist das in etwa erreicht worden. Auf anderen Gebieten besteht zwar gleichfalls Nachholbedarf, aber dort wird es aus den genannten finanziellen und politischen Gründen sehr viel schwerer und langsamer zu befriedigen sein.

Die Schwierigkeiten des neuen Ministerpräsidenten werden nicht zuletzt dort liegen, wo bisher seine Stärken waren. Er hat viele Erwartungen geweckt. Auch solche, die einander ausschließen. Auch solche, die unerfüllbar sind, weil die Voraussetzungen nicht mehr stimmen. Er hat sich selbst zum Erfolg verurteilt, aber er wird nahezu Unmögliches tun müssen, um ihn zu haben.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der Politiker Dr. Kohl eine politische Lösung seines Problems suchen wird. Daß er etwa durch die Hinznahme grenzüberschreitender Fragen die schmale Aktionsbasis verbreitern wird. Man traut ihm etwa zu, daß er umgehend die Vereinigung von Rheinland-Pfalz mit dem Saarland betreiben wird. Daß er seine Aktivität stärker nach Bonn, in den Bundesrat und die CDU-Führung verlagern wird. Daß er also, generell, weiterhin Stellen suchen wird, wo der Nachholbedarf groß ist und spektakuläre Erfolge deshalb leicht zu erzielen sind.

Für Dr. Kohls Karriere wäre das sicher gut. Für Rheinland-Pfalz wäre es schade. Denn dieses Land braucht nun endlich einen Mann, der mit Fleiß und Ausdauer die mühsame und vielleicht undankbare Arbeit übernimmt, ihm ein guter Ministerpräsident zu sein. Ihm wäre wenig gedient, wenn es lediglich statt des Herrn Altmeier einen Herrn Neumeier heißt.

Wenn Goethe heute leben würde ...

Eine Betrachtung über den unpolitischen Menschen

Von Heinrich G. Ritzel

In seinen Erläuterungen zum westöstlichen Diwan vertrat Goethe einmal den Standpunkt: "Der Dichter steht viel zu hoch, als daß er Partei machen sollte". Im Jahre 1841, also 20 Jahre später, hat Freiligrath in seinem Gedicht aus Spanien diese Auffassung Goethes in die inzwischen weithin bekannten Worte gebracht: "Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei". Aber Herwegh: "Die eiserne Lerche" entschied sich:

"Ich hab gewählt, ich habe mich entschieden, und meiner Lorbeer flecht die Partei!"

Mindestens Goethe, vielleicht auch Freiligrath dachten nicht an eine Partei im heutigen Sinne. Herwegh sah jedoch seine Stellung schon eher im Sinne einer Organisation, im Sinne einer Gemeinschaft, die von dem Bewußtsein getragen wurde, daß eines Mannes Rede keines Mannes Rede sei, daß es notwendig sei, sich auseinanderzusetzen und daß es auch im Sinne der Bibel gehandelt sei, wenn dem Zeugnis aus dem Munde zweier oder dreier Zeugen ein höheres Gewicht beizumessen sei als der Aussage eines Einzelnen.

Die Welt ist über das biblische Zeitalter und über die gemütvollen Betrachtungen, die im 19. Jahrhundert noch möglich waren, weit hinausgewachsen. Aus dem ehemals nationalistischen, auf militärischer Macht beruhenden Kampf ist heute eine ständige Auseinandersetzung, ein Kampf in allen Phasen unseres Lebens geworden. Der Einzelne zerbricht im Sturm oder er zieht sich resigniert zurück und läßt dem Leben seinen Lauf. Eine solche Einstellung, in die tägliche Praxis übertragen, bedeutet den Verzicht auf eigene Initiative bei der Gestaltung des eigenen Lebens, bedeutet den Verzicht auf Gesellschaftsbildung. Wer so denkt und so handelt überläßt anderen die Entscheidung über sein Schicksal. Wer anders denkt und entschlossen ist, anders zu handeln, der versucht seinen eigenen Schicksal und dem Schicksal derer, die ihm anvertraut sind und für die er verantwortlich ist oder sich verantwortlich fühlt, eine Wendung zu geben, die seiner Auffassung und seinen beruflichen Wünschen entspricht.

Solange aber auch er nur ein Einzelner ist, kann er nicht erwarten, daß sein Wort eine durchschlagende Bedeutung erlangt.

Der einzelne Mensch steht heute einer geballten Front konzentrierter Macht auf allen Gebieten des täglichen Lebens gegenüber. Ob es sich dabei um ein ausreichendes Einkommen und den Streit darüber um die Höhe der Miete, um die Preise für Lebensmittel, um steuerliche Gerechtigkeit, um die Entscheidung über die Ausgabenwirtschaft in Gemeinden, Kreisen, Ländern und im Bund, um eine Politik, die den Frieden sichert oder den Krieg bringt, handelt - immer sind Kräfte und Mächte am Werk, die geneigt sind, das Schicksal des Einzelnen in ihre Kalkulation einzubeziehen, den einzelnen Menschen als Objekt zu betrachten. Und immer sind diese Kräfte und Mächte willens, über den einzelnen Menschen nach Gutdünken zu verfügen. Die Gefahr, die dem einzelnen Menschen daraus droht, kann er nur bannen, wenn er sich

seinerseits entschließt, eine Gemeinschaft zu bilden, eine Gemeinschaft derer, die auf allen Gebieten des materiellen und kulturellen Lebens gleiche Neigungen und Ziele haben und die über genügend Verstand verfügen, um zu wissen, daß ein einzelner Mensch einem Zündholz gleicht, das mit leichter Mühe zwischen zwei Fingern zerbrochen werden kann, während eine Summe von Menschen einem geballten Bündel gleicht, das nur mit Gewalt zerbrochen werden kann. Gemeinschaftliche Gesinnung, gemeinschaftliche Ziele, gemeinschaftliche Kampfbereitschaft führt zur Bildung der Partei.

Ein großer Teil aller wahlberechtigten Frauen und Männer in Deutschland verzichtet von Wahl zu Wahl auf die Gestaltung seines Schicksals, er hält sich der Wahl fern. Die kleine Mühe, Verstand zu beweisen und wenigstens am Tag der Wahl den Willen zu bekunden, den sie haben müssen, wenn sie über ihr Leben und ihr Schicksal nachdenken, ist ihnen zu viel. Dann aber wundern sie sich, wenn auf ihrem Rücken die Kämpfe ausgetragen werden, die sie zu zahlen haben. Preise, Löhne, Steuern, Krieg und Frieden werden ohne sie entschieden, in der Ausübung ihrer Rechte sind sie sträflich passiv, aber ihre Entscheidung schädigt auch die anderen, die nicht willens sind, sich zum Spielball der Mächte zu machen, die ihnen feindlich sind. Das Heer der Schwankenden, der Meinungslosen schwächt die Kraft derer, die für eine bessere Zukunft, für soziale Gerechtigkeit, für Übertragung des grundgesetzlich garantierten Gleichheitsgrundsatzes in die Praxis des täglichen Lebens eintreten und durch ihr Bekenntnis zur Partei willens sind, auf die Gestaltung des Schicksals ihrer Zeitgenossen und ihres Volkes in einem Sinne einzuwirken, der das Bekenntnis zum Handeln in sich schließt und der nicht willens ist, auf Mitverantwortung zu verzichten. Das ist der Sinn der Partei!

Wenn jemand so denken wollte wie Goethe damals vor rund 200 Jahren dachte, dann würde er damit noch nicht zu einer Goethe; wenn Goethe heute leben würde, dann würde er sich zu einem politischen Bekenntnis entschließen. Er würde nicht schweigen und er könnte auch nicht schweigen zu dem Unrecht und zu dem Leid, das in einer Welt herrscht, die fähig wäre, Gerechtigkeit zu üben, wenn genügend Menschen sich zusammenfinden würden, um ein solches Ziel zu erreichen. Die Partei hat ihr eigenes Leben, sie erarbeitet sich ihre Grundsätze. Die Partei ist ein lebendiges Instrument, sie erkennt die Zeit und sie geht mit der Zeit. Sie ist die Gestalterin des Schicksals im Kampf mit anderen Parteien und mit Strömungen auf allen Gebieten unseres Daseins, die mehr oder weniger deutlich die Herrschaft wollen. Es ist das Wesen der Demokratie, daß der Wille des Volkes gestaltend zum Ausdruck kommt. Das setzt voraus, daß dieser Wille in entsprechender Stärke in Erscheinung tritt. Demokratie schließt die Diktatur eines Einzelnen und seiner Anhänger aus, ohne Zusammenschluß, ohne Organisation, ohne Bildung von Parteien gibt es keine lebensfähige Demokratie. Wer darauf verzichtet, sich zu einer Partei zu bekennen, überläßt anderen das Feld und überläßt ihnen die Entscheidung, unter welchen Umständen er leben soll. Wer möchte wohl so töricht sein?